

## THAILAND: LICHTER AUS FÜR DEN KLIMASCHUTZ

*Lars Peter Schmidt*

Thailand übt den Klimaschutz: am 9. Mai 2007 verlöschten in einigen Bezirken Bangkoks für eine Viertelstunde von 19 bis 19:15 Uhr die ‚unnötigen‘ Beleuchtungen an den Geschäftshäusern und Werbetafeln. Die Ersparnis: Der CO<sub>2</sub>-Bedarf sank um 143 Tonnen. Und es gab hierfür einen guten Grund. Denn am 4. Mai 2007 unterzeichneten in der thailändischen Hauptstadt Bangkok die Vertreter der IPCC-Staaten den 3. Bericht des Weltklimareports.

Unter Leitung von Ogunlade Davidson, dem Vorsitzenden des 3. Workshops, befasst sich dieser Report nur mit Lösungen zum anstehenden Klimaverhalten. 468 Autoren aus aller Welt haben mitgewirkt. In Thailand selbst ist der Bericht in den englischsprachigen Zeitungen wie Bangkok Post und The Nation, aber auch in thaisprachigen Medien ausführlich erklärt worden. Thailand selbst befasst sich seit 1992 mit Klimafragen.

Im Juni 1992 unterzeichnete die damalige Regierung Thailands bereits bei der UNCED (United Nations Conference on Environment and Development) das UNFCCC-Papier (United Nations Framework Convention on Climate Change) und ratifizierte diesen Akt im Dezember 1994. Das Kyoto-Protokoll wurde im Februar 1999 unterzeichnet und am 28. August 2002 mit dem Eintrittsdatum 16. März 2005 ratifiziert.

Insgesamt unterlagen die klimapolitischen Aktionen Thailands in der Vergangenheit einem starken Wandel. So unterlag etwa die Beachtung und Verwaltung des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls dem Office of Environment Policy and Planning (OEPP), das dem MOSTE (Ministry of Science, Technology and Environment) unterstand. Unter Wahrung der administrativen Reformaktivitäten der thailändischen Regierung des Jahres 2002 unter dem 2006 bei einem Militärputsch gestürzten Ministerpräsidenten Thaksin wurde das Ministerium für Nationale Ressourcen und Entwicklung (MNRE oder MONRE) geschaffen. Die Aktivitäten der OEPP nahm das Office of the Permanent Secretary (MNRE) wahr. Im September 2004 entschied der Minister des MNRE, dieses Office of Environmental Policy and Planning zu schaffen, das bei gleichen klimapolitischen Aufgaben nun für UNFCCC und Kyoto-Protokoll zuständig war. Laut einer Regierungserklärung vom 10. September 2002 ist sich der thailändische Staat der anstehenden Klimaprobleme bewusst und fördert nach damaliger Aussage in Zukunft nur solche Projekte, die die Treibhausgasemission zu reduzieren helfen.

Am 1. Juli 2003 regte das Kabinett die Schaffung eines Nationalen Komitees zum Klimawechsel (National Committee on Climate Change) an, das dem Minister of Natural Resources and Environment (MNRE), respektive dem ONEP, unterstellt ist. Das MNRE gilt als ‚Ausführende Nationale Autorität‘, Designated National Authority (DNA). Als Ansprechstelle schuf das MNRE die ONEP (Office of Natural Resources and Environment Policy and Planning), die ihrerseits thailändische CDM-Projekte (Climate Change Coordinating) strukturell koordiniert. Im August 2006 eröffnete die damalige Thaksin-Regierung ein National Board on Climate Change Policy und Climate Change Coordinating Office unter Leitung des Office of Natural Resources and Environment (ONEP) und der Thailand Greenhouse Gas Management Organization, einer öffentlich-rechtlichen Organisation.

Die ONEP als Sekretariat ernannt den Direktor der Climate Change Coordinating Unit. Ihm unterstellt sind Verwaltung und Seniorexperten, sowie die Abteilungen Climate Change Policy Sector, CDM-Sektor sowie Research and Development, Forschung und Entwicklung. Insbesondere ist die ONEP angehalten, eine nationale Strategie zu Klimaveränderungen zu erstellen. Dabei gilt es vor allem auch, eine Annäherung zum Nationalen Sozialen und Wirtschaftlichen Entwicklungsplan (National Social and Economic Development Plan) einzuarbeiten. Details werden zum Aufbau von Kapazitäten für die Klimaveränderungen, die Reduzierung von Treibhausgasen, die Herstellung öffentlichen Interesses sowie die Steigerung der Erforschungs- und Entwicklungsaufgaben erwartet.

Gleichzeitig organisiert das Büro gemeinsam mit dem Thailand Environment Institute (TEI) und der Danish International Development Agency (DANIDA) ein Pilotprojekt „Schools for Better Climate (SBC)“. Jeweils vier Schulen aus fünf Bezirken werden hierzu ausgerüstet und mit Geldern versorgt. So fand bereits 2006 der „Thai Environment Day“ mit diesen Schulen statt. Die entsprechenden Lehrer erhalten eine zusätzliche Schulung, um auch andere Institute zu beraten. Diese Aufgabe entspricht dem Artikel 6 der UNFCCC. Parallel dazu gibt es eine Ausbildung für Erwachsene im Office of the Non-Formal Education Commission (ONFEC) des Erziehungsministeriums. Das TGM Management Board wird, so der letzte Stand, CDM-Projekte als One-Stop-Organisation entscheiden und genehmigen. Dabei wird der Nationale Erhaltungsplan (National Sustainable

Development Plan) ebenso zu Hilfe genommen wie der Technologie- und der Kapazitätsplan. Die Bedürfnisse der einzelnen Behörden sollen berücksichtigt und das Vorhaben in den thailändischen CER-Ausgleichsplan (Certified Emission Reductions) eingearbeitet werden.

Neben der regierungsseitig präsentierten, politischen Lösung stellten sich aber auch örtliche Wegbereiter in der Sache. So organisierte etwa der Bangkok-Verwalter Apirak Kosayothin den Stromspar-Lights-Out am 9. Mai 2007, der künftig an jedem 9. Tag eines Monats die Bevölkerung an die offenen Fragen zum Klimaschutz erinnern soll. Die Berichterstattung fand sowohl in den Printmedien wie Bangkok Post und The Nation, aber auch in thailändischen Erzeugnissen entsprechende Berichterstattung und wurde auch live vom thailändischen Fernsehen übertragen. Allerdings, wie etwa bei Kanal 11, mit einer Bildführung, die schon eher an die ersten Anfänge bundesdeutschen Fernsehens erinnert – eine überbelichtete Darstellung der gezeigten Grafiken sowie schwache Kommentarbilder der Verantwortlichen. Dennoch: Dieses Ereignis hat sich fest in die Hirne der Thais eingepägt. Unabhängig von dieser aktuellen Entwicklung wurde aber schon vorher in der Fernsehlandschaft ein thailändisches Buch zur Diversifizierung und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft beworben.

Ein Blick in das Internet zeigt, dass sich auch in diesem südostasiatischen Land viele Aktivitäten und Hinweise der nationalen Eliten aufzeigen lassen. Eine grobe Unterteilung zeigt eine Aufsplitterung in staatliche Stellen, allgemeine Behörden städtischer oder ländlicher Ausrichtung, NROs und Medien. So sind etwa der ONEP mehrere Büros untergeordnet, die sich jeweils mit Einzelproblemen wie etwa der Entwicklung von umweltschützenden Projekten oder Produkten oder der Behandlung von Flutungsregionen und Sumpfbereichen befassen. Auch hier finden sich kleinere Hinweise auf die Klimaveränderungen, die im Mai offiziell ins Bewusstsein der Welt rückten.

Wenige, bis fast gar keine Hinweise allerdings findet der Besucher zum Report von Sir Nicholas Stern, der am 30. Oktober 2006 in Großbritannien veröffentlicht wurde. Zu diesem Bericht gibt es – mit größerer zeitlicher Verzögerung und Ausrichtung auf die USA – lediglich in den Pressearchiven etwa der Nation kurze Abhandlungen. Auch auf den offiziellen Seiten der Verwaltung und der Behörden ist der Name nicht aufgeführt. Mehrere Gespräche mit Thai führen zu der Einschätzung, dass zwar die Problematik der Klimaveränderung bekannt sei, dass sich die Thai aber eher um wirtschaftliche Belange kümmern und die Auswirkungen der Klimaerwärmung nicht als aktuelle Frage sehen.



*Der Verzicht auf übermäßige Beleuchtung führt bereits zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.*

Eine politische Veränderung dieses Themas hat sich durch den Militärputsch im September 2006 nicht ergeben. Eher, so scheint es, habe die königliche Familie das Thema aufgegriffen, etwa zur Frage des Bio-Diesels, der seit mehreren Jahren intensiv gefördert wird. Immerhin, Bangkok ist nach Angaben aus The Nation eine der Hauptquellen von Treibhausgasen in Thailand. Rund 30 bis 50 Prozent des vollständigen Energieverbrauchs sind hier konzentriert. Der Bedarf der Bürger Bangkoks lässt sich auch an allgemeinen Statistiken ablesen. So betragen die monatlichen Durchschnittskosten pro Haushalt in Bangkok umgerechnet etwa 52 Euro, in der Zentralregion und im Süden rund 34 Euro und im Norden und Nordosten nur rund 22 Euro. Wie das Nationale Statistikbüro Thailands mitteilt, ist der Energiebedarf in den Jahren von 2004 auf 2006 durchschnittlich um 16 Prozent gestiegen. Von 2002 auf 2004 lag er bei knapp 7 Prozent.

Statistiken auch des National Statistical Office zeigen, dass Bangkoks Einwohner im vergangenen Jahr 206 Millionen Kilowattstunden verbraucht haben. Dazu kommen 34 Millionen Liter Öl, 400.000 Liter Gasohol und 25.000 Kilogramm natürliche Gase. Aber die Stadtverantwortlichen sind sich der Lage bewusst: So werden etwa 50.000 frei auszugebende Energiesparlampen verteilt. Dazu kommen weitere fünf Millionen „Thin Bulbs“, die von der Bangkok Metropolitan Administration vermarktet werden. Und zum 12. August – dem Geburtstag der Königin und thailändischem Muttertag – werden in und um Bangkok eine Million Bäume in Parks und öffentlichen Grünanlagen gepflanzt.

Die Administration der thailändischen Metropole selbst ist mittlerweile in diesem Bereich auch international aktiv. So wurde Bangkok am 18. Mai 2007 zu den ersten 16 Megacities ernannt, die am Clinton Klima-Initiativprogramm (C40) zur Aufarbeitung bestehender

Gebäude und der Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emission eingesetzt werde. Bannasopit Mekvichai, der Gouverneur Bangkoks, bestätigte gegenüber der Nation, dass vorerst die Hauptgebäude der BMA ausgestattet würden.

Schwach stellt sich die Situation der Unternehmen dar. Eine Untersuchung des Grant Thornton International Business Report (IBR) mit 7.200 Unternehmen aus 32 Ländern ergab unter dem Aspekt des Energie-Reviews, der Reduktion der Energiekonsums, des Abschaltens eher ungenutzter Energie, der Investition in Energie-Sparmaßnahmen und der Energierückgewinnung bei möglichen 600 Punkten für Thailand den Wert von 178 Punkten und platziert Thailand an das Schlussfeld in Klimafragen. Deutsche Unternehmen erzielten 306 Punkte und liegt im Mittelfeld.

Zu kämpfen haben auch die Umweltorganisationen wie etwa Greenpeace Thailand oder der World Wildlife Fund (WWF). Sie sind zwar im Internet vertreten und auch aktiv an der Thematik dran, gewinnen jedoch nur sehr wenig Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit. Hier stehen aktuelle Probleme wie etwa das geplante Verbot zweier großer Parteien (Thai-Rak-Thai und Demokraten), die Verfassungsdiskussion sowie auch die aktuellen wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Immerhin, Schilder an den Strassen zum Einsatz anderer Energiequellen beim Kfz-Verkehr wie etwa Bio-Diesel, des besseren Einsatzes öffentlicher Verkehrsmittel oder auch der Mülltrennung weisen die Thai zumindest im Großraum Bangkok auf die Gefahren dauerhaft hin. Die Praxis sieht aber meistens noch anders aus.

## SINGAPUR: BRANDRODUNG LÄSST DEN HIMMEL VERDUNKELN

*Colin Dürkop*

Nicht erst seit der Tagung des Weltklimarates IPCC in Bangkok 2007 wird der Umgang mit dem Klimawandel in der Region diskutiert, wenn auch vielen asiatische Schwellen- und Entwicklungsländer bislang nur geringe konkrete Anstrengungen unternommen haben. Im Januar 2006 beispielsweise beschlossen China, Japan, Indien, Südkorea, Australien und USA, die zusammen für die Hälfte der weltweiten Treibhausgase verantwortlich sind, die Schaffung eines Fonds zur Reduzierung der Treibhausgase durch die Förderung „sauberer Technologien“. Die „Asia-Pacific Partnership on Clean Development“ basiert allerdings auf einem Konsens der beteiligten Staaten, dass es dabei keine verbindlichen Ziele für die Verringerung der Treibhausgase oder Zeitpläne geben sollen. China, Indien und die anderen ärmeren Ländern dürfe der Weg zu mehr Wohlstand und somit zu einem höheren Maß an Umweltschutz nicht durch rigide globale Regeln verwehrt werden. Somit steht dies den verbindlichen Zielen des Kyoto-Protokolls und des Programms zur Klimakontrolle von 1997 diametral entgegen. Australien und die USA haben das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet. Gleichzeitig will der Fonds die Erforschung erneuerbarer Energien durch private Unternehmen unterstützen.

Die Integration von ökologischen Aspekten in die internationale Handelspolitik ist eines der Ziele nachhaltiger Entwicklung. So wird auf regionaler und internationaler Ebene mittlerweile diskutiert, wie sich handels- und umweltpolitische Maßnahmen gegenseitig ergänzen können. Während manche westliche Länder bemüht sind, umweltpolitische Themen in die Handelspolitik zu integrieren, treten einige asiatische Staaten diesem Ansatz eher skeptisch gegenüber und vermeiden Umweltthemen in den zahllosen Verhandlungen über Freihandelsabkommen. Im Vergleich zum Finanz- und Handelsdialog konnten die asiatischen Regierungen- und Staatschefs mit der Verabschiedung einer Klimaschutzklärung in Helsinki (ASEM 6 Declaration on Climate Change 2006) ihr gemeinsames Handlungspotenzial vergrößern. In der entsprechenden Erklärung einigten sich die 25 europäischen und 13 asiatischen Staaten auf die Stärkung und volle Umsetzung der UNO-Klimakonvention von 1992 sowie des Kyoto-Abkommens zur Reduktion von Treibhausgasen. Bemerkenswert ist die Bereitschaft der insbesondere der asiatischen Teilnehmerseite der ASEM, das Kyoto-Abkommen auch nach seinem Auslaufen im Jahre 2012 fortzuführen. Dies deutet auf einen bestandfähigen Klimakonsens hin, der sich auch in gemeinsamen Verhandlungspositionen bei den Weltklimakonferenzen in Montreal und Nairobi manifestierte. Das strategische Potenzial einer euro-asiatischen Allianz liegt auf der Hand: ASEM kann mit seinem politischen und wirtschaftlichen Einfluss die Agenda der internationa-